Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2345. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3390.

Nr. 215 | Dienstag, den 14. September 1920 | 11. Jahrgang

Polens „Mäßigung".

Die Polen überschreiten die Curzon-Linie.

Nach einem Telegramm der „Berlingske Tidende" haben die polnischen Truppen ihren Vormarsch auf litauisches Gebiet fortgesetzt und jenseits der Curzon-Linie drei Städte besetzt.

Trotz der noch auf der Konferenz in Aix-les-Bains vom Millerand von Polen geforderten Mäßigung scheint sich Polen an die Wünsche seines Nährvaters wenig zu halten. Dem Frieden wird damit allerdings nicht sehr gedient sein.

*

Fortschritte der Polen.

Königsberg, 13. Sept. (W. T. B.) Lagebericht. In Fortsetzung ihrer Angriffe im Abschnitt Cholm überschritten die Polen den Bug und besetzten die Ortschaften Lubomir, Horodno und Butmer und erreichten den Ort Samabany. Oestlich Brest-Litowsk wurde Kobryn von den Polen genommen.

*

Sowjet-Rußland buhlt um Wrangels Offiziere.

Amsterdam, 13. Sept. Den englischen Blättern zufolge hat die russische Regierung einen von Lenin, Trotzki und Brussilow unterzeichneten Appell an die in Wrangels Heeren stehenden russischen Offiziere gerichtet, in welchem diese aufgefordert werden, ihre schmähliche Rolle als Diener der Polen und Franzosen aufzugeben. Den Offizieren wird völlige Amnestie zugesagt, wenn sie in das Sowjetheer eintreten. Zum letzten Male strecke die Sowjetregierung ihnen ihre versöhnliche Hand entgegen.

Maßgebend für diesen Schritt ist wohl weniger die „versöhnliche Hand" (?) als die auf diese Art beabsichtigte Erledigung des immerhin unbequemen Gegners.

*

Friede zwischen Rußland und Finnland bevorstehend.

London, 13. Sept. Die „Times" melden aus Abo: Es sei so gut wie sicher, daß der Friede zwischen Rußland und Finnland innerhalb 14 Tagen unterzeichnet werde. Finnland erhält Petschenga, ohne dafür Gebiet an Rußland abzutreten.

Kamenews Tätigkeit in England.

London, 13. Sept. Die Blätter bringen Einzelheiten über die dreistündige Unterredung Kamenews mit Lloyd George vor Kamenews Abreise nach Rußland. „Daily News" schreibt: Lloyd George beschuldigte Kamenew tatsächlich einer Zahl von Vertrauensbrüchen und erklärte ihm: Wenn er nicht selbst um seinen Paß gebeten hätte, so würde ihm dieser trotzdem ausgehändigt worden sein. Die politischen Beziehungen würden nicht eher wieder aufgenommen werden, bis die britische Regierung davon überzeugt sei, daß die Moskauer Regierung ihren Versuch, sich in die innersten Angelegenheiten Großbritanniens einzumischen, aufgegeben hat. Lloyd George brachte gegen Kamenew vier Anklagen vor: 1. daß er am Verkauf der kaiserlichen russischen Juwelen in England beteiligt sei, 2. daß er Verhandlungen geführt habe betreffend die Unterstützung des sozialistischen Blattes „Daily Herald" mit 75 000 Pfund Sterling, 3. daß er Beziehungen mit der britischen Arbeiterorganisation gehabt habe, die sich Council of Action nennt und 4. daß Rußland absichtlich die britische Regierung mit Bezug auf die Klausel über die Bürgermiliz im Entwurf über den Waffenstillstand mit Polen irregeführt habe. Kamenew stellte alle diese Anklagen kategorisch in Abrede.

Ueber die Lage in Oberschlesien

wird dem „Vorwärts" mitgeteilt, daß die Befürchtung eines neuen Polenputsches zwar übertrieben sein möchte; solange aber die Entente sich nicht entschließe, einen festen Abstimmungstermin festzusetzen, solange werde auch die Nervosität und Unruhe in Oberschlesien andauern. In einer weiteren Zuschrift aus Oberschlesien heißt es: Von deutscher Seite wird mit allen Kräften auf die allgemeine Beruhigung und die Vermeidung neuen Blutvergießens hingearbeitet. Leider werden diese Bemühungen nicht nur durch das Vorgehen der Polen, sondern auch durch die immer wieder zutage tretende **antideutsche Parteilichkeit der Franzosen durchkreuzt.**

In einer Zuschrift an das „B. T." wird die Forderung auf Entfernung der französischen Beamten gestellt, die das Bandenwesen begünstigt haben; erst dann [illegible] die Sicherheit wieder hergestellt werden.

Ernste Streik-Krise in England.

London, 13. Sept. Wie Reuter meldet, wird die Krise, die der englischen Industrie droht, immer ernster. Neben dem drohenden Bergarbeiterstreik und der Aussicht auf einen Solidaritätsstreik der Eisenbahner und Transportarbeiter droht eine Krisis der Baumwollindustrie infolge von Lohndifferenzen. Es wird auch von einem Generalstreik gesprochen, der bereits Ende dieser Woche ausbrechen soll. Außerdem steht ein Streik der Elektrizitätsarbeiter von London bevor, die sich mit ihren Kameraden in Nordengland, die gegenwärtig ausgesperrt sind, solidarisch erklären wollen. Weiter wird eine ähnliche Bewegung unter den Postangestellten gemeldet.

*

Die Regierung droht mit Rationierung.

Paris, 12. Sept. (W. T. B.) Nach einer „Journal"-Meldung aus London ist gestern nachmittag bekanntgegeben worden, daß, falls der Kohlenarbeiterstreik ausbricht, sofortige Rationierungsmaßnahmen ergriffen werden. Vom ersten Tage an wird die Zuckerration von 360 Gramm auf 170 Gramm die Woche herabgesetzt. Außerdem werden Fleisch, Speck, Mehl und Milch rationiert werden.

Neutral-Moresnet, Danzigs Leidensgefährte.

Berlin, 13. Sept. (W. T. B.) Aus dem bisher unter dem Namen Neutral-Moresnet bekannten Ländchen, das durch den Friedensvertrag ohne Volksabstimmung geblieben ist, ist der Reichsregierung eine Petition zugegangen, in der die Bewohner darüber Beschwerde führen, daß ihnen das Recht der Selbstbestimmung versagt worden ist. Die Gesuchsteller wollen deutsch bleiben und versichern, daß bei einer Abstimmung nicht nur alle Deutschen, die die Mehrzahl der Bewohner ausmachen, sondern auch die meisten Holländer und Neutralen für Deutschland stimmen würden.

Das Ergebnis von Aix-les-Bains.

Genf zumindest verschoben.

Paris, 13. Sept. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas berichtet aus Aix-les-Bains: Das bedeutsamste Ereignis der Zusammenkunft ist die sichere Vertagung der Genfer Konferenz, wenn nicht deren vollständiges Fallenlassen. Der Verzicht auf diese Konferenz wird sehr wahrscheinlich in Frankreich ohne Bedauern aufgenommen werden, wo man bekanntlich der Ansicht ist, daß das Verfahren vor der Reparationskommission der Methode direkter Verhandlungen mit Deutschland vorzuziehen ist.

Wenn dies die Absicht der Ministerbesprechung gewesen ist, so wäre es besser gewesen, wenn sie überhaupt nicht stattgefunden hätte.

Die Scheidemann-Verleumdung aufgedeckt.

Die Fälschung des angeblichen Mordbefehls gegen Liebknecht festgestellt.

Berlin, 13. Sept. Wie das „5 Uhr-Abendblatt" erfährt, ist Erich Prinz, der im Prozeß Scheidemann-Sklarz als einer der **Hauptbelastungszeugen gegen Scheidemann** aufgetreten war, heute mittag in Berlin verhaftet worden, da er der **Fälschung des Mordauftrages gegen Liebknecht und Rosa Luxemburg überführt** wurde. Seine Braut legte bei einem polizeilichen Verhör das Geständnis ab, daß Prinz ihr den Mordauftrag diktiert und in ihrer Gegenwart die Namen Scheidemann und Georg Sklarz darunter gesetzt habe.

Jeder vernünftige Mensch hatte die von Prinz aufgestellten Behauptungen von vornherein nur für eine bösmillige plumpe Verleumdung gehalten. Da jedoch unsere „Freunde" vom links wiederholt mit dieser Beschuldigung krebsen gingen, freuen wir uns, daß die Verleumdung nun als solche auch öffentlich festgestellt ist.

Urabstimmung bei der U. S. P.?

In Leipzig befürworteten die Unabhängigen, die Stellungnahme zu den Moskauer Bedingungen durch eine Urabstimmung im Reiche zu ermitteln.

Die bisherige Stellungnahme der einzelnen Bezirke und Vereine lassen durchaus keine zutreffende Beurteilung zu. Die Zerfahrenheit der U. S. P. in dieser Kardinalfrage kann nicht mehr überboten werden.

Der Kronprinz sehnt sich nach Deutschland zurück.

Paris, 13. Sept. Wie „Daily Mail" aus Holland meldet, hat der frühere deutsche Kronprinz die niederländische Regierung ersucht, ihn nach Deutschland oder nach einen anderen Ort in Holland zu schaffen.

Weiterer Ueberfall der Sinnfeiner.

London, 13. Sept. (W. T. B.) 50 Bluttat. Abteilen die Küstenwachstation von Tarbach in der Grafschaft Limerick. Vermummten einen Offizier und fünf Mann, bemächtigten sich der Revolver, Telephone, sowie des Signalmaterials und [illegible].

*

London, 13. Sept. Die „Times" melden aus Cinca: 6000 an Bord von Schiffen in der Galle-Bay befindliche Munitionskisten sind infolge sorgloser Behandlung explodiert. 30 Personen wurden getötet und mehrere hundert verletzt. Die Eisenbahnwerke im Hafen wurden ernstlich beschädigt.

Die Arbeiterbewegung in England.

(Von einem englischen Mitarbeiter.)

Bei der besonderen Stellung, die Danzig heute im internationalen Leben einnimmt, erscheint uns die Kenntnis der Arbeiterbewegung in den Ententeländern besonders wichtig. Redaktion d. „Volksst."

Seit Anfang der Bolschewistenherrschaft haben England und Frankreich ohne formelle Kriegserklärung gegen Räterußland mit allen Mitteln Krieg geführt. Englische und französische Truppen — ja sogar auch deutsche (v. d. Goltz), polnische, tschechische und japanische — haben in Archangelsk, Murman, Sibirien, Baku, in der Ukraine und im Baltikum gegen rote Truppen gekämpft. England und Frankreich haben die konterrevolutionären Generale Koltschak, Denekin, Judenitsch und Wrangel mit Geldmitteln und allem nötigen Kriegsgerät unterstützt. Aber nach schwerem Ringen vernichtete die rote Armee einen Gegner nach dem andern. Es tauchte aber stets wieder ein neuer auf.

In England war der antibolschewistische Krieg von Anfang an unbeliebt. Während der Unruhen in der englischen Armee bald nach Waffenstillstand demonstrierten sogar Soldaten gegen neue Feindseligkeiten, nach dem Beispiel von Gewerkschaftskongressen, Wahlversammlungen und des Parlaments. Die englische Regierung fand aber stets gute Ausreden. Sie log viel, verheimlichte viel und versuchte stets den Eindruck zu geben, der Krieg sei kein Krieg gegen das russische Volk, sondern nur gegen eine blutige Diktatur. Jedenfalls sei es nur ein „ganz kleiner Krieg".

Die englischen Truppen in Archangelsk waren so ziemlich in der Klemme. Ohne Unterstützung konnten sie sich nicht gegen die Roten behaupten, konnten sich nicht einmal unversehrt zurückziehen. Infolgedessen mußten sie aus England beständig Zuschuß bekommen. „Wollt ihr eure Kameraden im Stiche lassen?" warf man den englischen Arbeitern beständig vor. Der gewaltige Plan, der erst viel später und unvollkommen in die Oeffentlichkeit kam, einen Anschlag an den rechten Flügel Koltschaks und eines gemeinsamen Vormarsches gegen Moskau scheiterte an Koltschaks Niederlage und Rückzug über das Uralgebirge. Archangelsk und Murman mußten schließlich doch geräumt werden. Im Unterhaus erklärte Churchill, der Kriegsminister, es gäbe jetzt in Rußland keine englischen Truppen. (Dies zur Beruhigung dieser, die behaupteten, England führe noch immer Krieg.) Nach einigen Tagen erfuhr man aber, daß englische Truppen an der Küste des Schwarzen Meeres operierten. Churchill wurde im Unterhause gefragt, wie er diese Tatsache in Einklang mit der letzten Aussage bringe. Er erwiderte, er hätte Nordrußland sagen wollen, als er aus Versehen Rußland sagte. Churchill, ein Mann mit ungeheurer Energie, ziemlicher Begabung, aber ohne Prinzipien, war Feuer und Flamme für den russischen Krieg, wie überhaupt für jeden Krieg. Die Stellung des geriebenen Opportunisten Lloyd George war zweideutiger. Er wußte, der Krieg war unbeliebt, und auf keinen Fall wollte er die Gunst der Arbeiterschaft und Liberalen verlieren, denn er war stets bedacht, seine eigene Zukunft zu sichern. Er wollte aber auch nicht die Unterstützung Churchills und der mächtigen reaktionären und kapitalistischen Kreise, die den Krieg gegen den Bolschewismus befürworteten, verlieren. Lloyd George war also für und gegen den Krieg. Die Northcliffepresse war natürlich dafür und veranstaltete eine ungeheure Hetze gegen die Bolschewisten.

Als aber die rote Armee Denekin, den letzten der konterrevolutionären Generale, besiegte, da dachten friedensliebende Menschen, jetzt ist der Streit zu Ende, Handelsbeziehungen werden wieder angeknüpft, aus seinem unermeßlich reichen Vorrat wird Rußland gegen fertige Waren Rohstoffe liefern, was zum Wiederaufbau Europas unbedingt notwendig ist.

Plötzlich brach die polnische Offensive los. Das polnische Heer hauptsächlich von England, aber auch von Frankreich gut ausgerüstet, sprengte die schwache Linie bolschewistischer Posten, drang tief in rein russisches Gebiet hinein und besetzte die Stadt Kiew. Aber nach kurzer Pause sammelte sich die rote Armee von neuem, holte zur Gegenoffensive aus und warf in raschem Vormarsch die polnische Front [illegible] schon wurde [illegible], und es sahen, als ob [illegible] Polens und der [illegible] Sieg der Sowjetmacht bevorstünden.

Nur die Entente konnte Polen helfen. Aber diesmal hätten kleine Truppensendungen wenig bezweckt. Nur ein Krieg im großen Stil konnte, wie es damals schien, Polen retten und die Macht der Bolschewisten auf immer vernichten. Hatte man in England und Frankreich den Willen, einen solchen Krieg zu unternehmen? Eine bestimmte Antwort ist nicht zu geben, aber man kann mit Gewißheit behaupten, daß in England einflußreiche und in Frankreich noch einflußreichere Regierungskreise bereit waren, einen solchen Willen energisch durchzusetzen.

Ob groß, ob klein, die Gefahr eines neuen Weltkrieges bestand. Und was tat die englische Arbeiterschaft, die so lange nichts getan hatte, außer zu reden und Resolutionen zu verfassen? Am 9. August traten die Vertreter der Gewerk-

schaften und der Arbeiterparteien im Unterhaus zusammen, um zur neu entstandenen Lage Stellung zu nehmen. Die Resolution, die in dieser bedeutungsvollen Konferenz angenommen wurde, enthält folgende Sätze:

„Die Konferenz erklärt, daß ein solcher Krieg ein unerträgliches Verbrechen gegen die Menschheit wäre. Infolgedessen warnen wir die Regierung, daß die ganze industrielle Macht der organisierten Arbeiterschaft eingreifen wird, um diesen Krieg unmöglich zu machen."

Es wurde beschlossen, einen zweiten allgemeinen Arbeiterkongreß in London abzuhalten, der ermächtigt werden sollte, im äußersten Notfall den Generalstreik zu proklamieren. Damit die Arbeiterführer ermächtigt werden konnten, [illegible] Vertreter zu machen. Ein Aktionsrat (Council of Action) wurde zusammengestellt, um die Politik der Regierung zu überwachen und sollte sich die Lage aufspitzen, Schritte einleiten, um den Waffenstillstand zu erhalten. Der Aktionsrat besteht aus [illegible] Mitgliedern, von denen fünf der parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei angehören, fünf dem parlamentarischen Ausschuß des Gewerkschaftskongresses, fünf dem Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei. Unter den Mitgliedern befinden sich Männer wie [illegible] George Williams Bromley, [illegible] die in der englischen Arbeiterbewegung [illegible]

[illegible] Lloyd George [illegible] und die englische Arbeiterschaft sei [illegible] oder gewaltsam [illegible] Mittel zu verhindern. [illegible] dem englischen Imperialismus auf [illegible] Rußlandpolitik zur Unterstützung [illegible] Das Londoner Parlament der Arbeiterpartei wurde mit Resolutionen und Telegrammen gegen den [illegible] Krieg aus allen Teilen des Landes förmlich [illegible]

[illegible] Angesichts fand die am 9. August beschlossene Konferenz in London statt. Es waren 1044 Delegierte [illegible] die mehr als 6 Millionen Arbeiter vertraten. In [illegible] wiederum einige Annahme fand, [illegible] Spaltung in der gegenwärtigen [illegible] auch so lange bekämpfen, bis die Sowjetmacht anerkannt [illegible] England und Rußland [illegible] Auch wurde er ermächtigt, den [illegible] die drohende Kriegsgefahr [illegible] Der Schlußtag der Resolution [illegible]

[illegible] jeden [illegible] Schritt, schnell, loyal [illegible] um geheime Verhandlungen [illegible] und die auswärtige [illegible] so zu ändern, [illegible] des Volkes, dem Krieg im [illegible] Kriegsdrohungen ein Ende zu [illegible]

[illegible] der Bergarbeiter, und einer [illegible] und radikalsten der englischen [illegible] Rede unter stürmischem [illegible]

[illegible] Kameraden Winston Churchill [illegible] daß die englische Demokratie gezwungen hat, sich zu einigen."

Zum Schluß der Konferenz wurde die Internationale gesungen.

Diese Londoner Konferenz ist das bisher Bedeutendste in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Der Aktionsrat wird von vielen Seiten als Nebenregierung angegriffen. Die reaktionäre Presse spricht von einer Verpflanzung des Bolschewismus auf englischen Boden und wirft den Arbeiterführern revolutionäre Absichten vor. Es ist Tatsache, daß der Aktionsrat zur Beaufsichtigung der gesetzmäßigen Regierung des Landes besteht und daß er ermächtigt ist, in die auswärtige Politik dieser Regierung einzugreifen um gewaltsame Verletzungen [illegible] zu verhindern. Das plötzliche Entstehen eines solchen ist tatsächlich ein revolutionäres Ereignis. Im Jahre 1914 hätte man derartiges in England für ganz unmöglich erhalten und selbst vor sechs Monaten hätte wohl keiner an Ähnliches gedacht. Wie ist es denn auf einmal so gekommen? Den unmittelbaren Anlaß, den Krieg gegen das bolschewistische Rußland, haben wir bereits angedeutet. Die anderen Momente, die ständig wachsende Macht der organisierten Arbeiterschaft, die Reaktion gegen die letzten Wahlen, die Verbreitung der pazifistischen und revolutionären Gedanken und den Verfall des parlamentarischen Systems, werden wir im nächsten Artikel besprechen und dabei auch die Gelegenheit wahrnehmen, dem Leser Ausführliches über die englische Arbeiterpartei und ihre Führer mitzuteilen.

Deutschland.

Was wird aus der U. S. P.?

Der Kampf um den Anschluß an die Dritte Internationale in der U. S. P. hat unter Vorzeichen begonnen, die für den rechten Flügel nicht gerade günstig sind. Es zeigt sich, daß die Zusammensetzung der Reichskonferenz, wo noch eine sehr beträchtliche Mehrheit für die Erhaltung der U. S. P. als selbständige Partei war, doch nicht die Stimmung der Mitgliedschaft widerspiegelte. Gegen verschwindende Minderheiten haben so wichtige Bezirke wie Halle und Hamburg den bedingungslosen Anschluß an Moskau beschlossen, und wo die Kräfteverteilung zweifelhaft war, wie in Berlin und Frankfurt, hat man nicht den Mut zu einer Abstimmung gefunden. Für Moskau haben sich ferner entschieden mehrere Kreise der Provinz Sachsen und der Bezirk Niederrhein. Während der linke Flügel also schon eine Anzahl Siege quittieren kann, wagt der rechte Flügel nicht einmal diese zu erringen, wo sie ihm noch blühen könnten.

Damit ist noch nicht ausgemacht, daß die Kommunisten auf dem Parteitag der Unabhängigen die glatte Mehrheit erhalten werden. Aber auch, wenn sie eine so starke Minderheit bilden, wie das nach den bisherigen Ergebnissen sicher ist, wird das genügen, um den Bestand der U. S. P. als Partei in kürzester Zeit in Frage zu stellen. Denn schon jetzt zeigt sich, daß die Linken der rücksichtslosere und rührigere Teil sind. Daß sie sofort zu den Kommunisten übertreten werden, wenn die Annahme der 21 Punkte abgelehnt wird, kann kaum ein Zweifel bestehen.

Die Vorkommnisse in der Außenhandelsstelle.

Genosse Stadtrat Woelk schreibt uns:

Die „Danziger Zeitung" bringt in ihrer Abendausgabe vom Sonnabend voriger Woche unter dieser Ueberschrift eine Zuschrift, die wahrscheinlich von der Außenhandelsstelle stammt und nicht nur tatsächliche Unrichtigkeiten, sondern auch gekünstelte Verdrehungen in bezug auf meine Person enthält. In dem Artikel heißt es wörtlich:

„Stadtrat Ernst hatte im Juni einen dreiwöchigen Erholungsurlaub angetreten und für diese Zeit den mehrheitssozialistischen Stadtrat Woelk beauftragt, die Geschäfte der Außenhandelsstelle zu leiten. In dieser Zeit sind die Unregelmäßigkeiten, die der Außenhandelsstelle und Stadtrat Ernst zur Last gelegt werden, vorgekommen.

Stadtrat Ernst hatte schon früher den unabhängigen Stadtverordneten Rahn mit diesen Vorkommnissen vertraut gemacht und hatte ihn auch darauf hingewiesen, daß Stadtrat Woelk in dieser Zeit das Dezernat der Außenhandelsstelle leitete.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 7. d. Mts. hat nun der Stadtverordnete Rahn seine Angriffe so geführt, daß das Publikum annehmen mußte, Stadtrat Ernst sei mehr oder weniger für die Unregelmäßigkeiten verantwortlich zu machen, was durchaus nicht der Fall ist. Ueber die Gründe, die den Abgeordneten Rahn zu seinen Angriffen mit veranlaßten, wird später noch zu sprechen sein."

Demgegenüber stelle ich folgendes als richtig fest:

Stadtverordneter Rahn hat in der Stadtverordnetenversammlung am letztverflossenen Dienstag bemängelt, daß

1. Stadtrat Ernst einen im Auslande geplanten Seifenankauf deshalb abgelehnt habe, weil zwei Danziger Firmen dagegen vorstellig geworden waren usw.;

2. Stadtrat Ernst seinen Unterschriftenstempel in seinem Bureau nicht so gesichert habe, daß damit die vorgekommenen Fälschungen unmöglich gemacht seien;

3. eine ausländische Firma, die erst kurze Zeit in Danzig ansässig sei, eine Einfuhrerlaubnis für Kakao und Schokolade erhalten habe, obwohl solche in jener Zeit anderen Firmen in Danzig verweigert worden seien.

Von anderen Vorkommnissen, die plötzlich durch die „Danziger Zeitung" sogar in „Unregelmäßigkeiten" umfrisiert werden, hat Stadtv. Rahn nicht gesprochen. **Mit den „Unregelmäßigkeiten" zu 1 und 2, also mit der Seifenangelegenheit und mit dem Stempel des Stadtrats Ernst habe ich nichts zu tun.** Ich habe von der Seifenangelegenheit während der Zeit meiner Vertretung des Stadtrats Ernst nichts erfahren und stehe dieser Sache, die meinetwegen auch „Unregelmäßigkeit" genannt werden kann, völlig fern. Das Publikum wird irregeführt, wenn es zu der Annahme verleitet wird, nicht Stadtrat Ernst, sondern ich hätte die Seifeneinfuhr-Angelegenheit bearbeitet.

Daß ich für den Stempel, der „Ernst" lautet, vom Stadtrat Ernst als Ersatz für seine eigenhändige Unterschrift gedacht ist und zu diesem Zwecke den Angestellten der Außenhandelsstelle berechtigt und leider auch unberechtigt zugänglich war, nicht verantwortlich bin, ist selbstverständlich. Insoweit wird aber durch die „Danziger Zeitung" das Publikum ebenfalls irregeführt und die Sache so gedreht, als hätte ich irgendwas damit zu tun, wenn nicht gar die Schuld. Maßgebend ist jedenfalls auch noch die Feststellung, daß die mißbräuchliche Benutzung des Stempels „Ernst" von dem entlassenen Angestellten nicht in der Zeit meiner Vertretung des Stadtrats Ernst erfolgt ist.

Was die von mir „unterschriebene" **Einfuhrerlaubnis für Kakao und Schokolade** anlangt, so liegt die Sache folgendermaßen:

Bei der Begründung des Einfuhrgesuchs wurde mir glaubwürdig mitgeteilt, daß die bereits auf dem Transport befindliche Schokolade und Kakaofarben leicht verderbliche seien und die damals herrschende Hitze nicht mehr lange vertragen könnten. Ich stand also zunächst vor der Entscheidung, ob ich diese Genußmittel aus engherziger bureaukratischer Auslegung des Wirtschaftsabkommens zwischen Danzig und Deutschland verderben lassen oder ob ich sie unter bestimmten Umständen hereinlassen sollte. Diese letzteren Umstände waren nämlich, daß erstens **mehr als ¼ Million Mark Zollgebühren für Danzig** zu vereinnahmen waren, daß zweitens **eine Verbilligung der Preise für Schokolade und Kakao** eintreten müsse und daß drittens für die von mir geleitete und im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung bestehende Beschaffungsstelle des Wirtschaftsamtes **eine auf 65 000 Mark vereinbarte Extra-Abgabe** von der betreffenden Firma gezahlt werden sollte. Unter diesen Umständen fiel es mir natürlich nicht schwer, beim Wirtschaftsamte die Zustimmung zur Einfuhrerlaubnis zu beantragen. Sie wurde auch erteilt und darauf von mir die Einfuhrbescheinigung unterschrieben.

Wenn ich anders gehandelt hätte, dann allerdings hätte ich getadelt werden können. Bei dieser Gelegenheit will ich auch einige Worte zu der vom Stadtrat Ernst in der Donnerstagsitzung der Stadtverordnetenversammlung abgegebenen Erklärung sagen. In dieser Erklärung hat Stadtrat Ernst auch von **„Fehlern seines sozialistischen Kollegen Woelk"** gesprochen.

Vom Standpunkte meines „nichtsozialistischen" Kollegen, Stadtrats Ernst, aus gesehen, habe ich allerdings zwei „Fehler" begangen, nämlich die Einfuhrerlaubnis für Schokolade und Kakao und ferner die von Stadtrat Ernst, nicht aber vom Stadtverordneten Rahn, hineingezogene Einfuhrerlaubnis für Kaffeebohnen.

Bezüglich der Schokolade- und Kakao-Einfuhrerlaubnis hat Stadtrat Ernst vollkommen recht, wenn er, der nichtsozialistische Einfuhr-Dezernent, sich ablehnend verhält. Genau so, wie Stadtrat Ernst zu meinen Gunsten erklärt hat, daß ich glaubte, im Interesse der Danziger Bevölkerung zu handeln, als ich diese Erlaubnis erteilte, ebenso erkläre ich, daß Stadtrat Ernst von seinem Standpunkte aus berechtigt war zu sagen, daß die Bindungen des Wirtschaftsabkommens ihn zur Ablehnung der Ausfuhrerlaubnis berechtigten. Stadtrat Ernst vertritt hier die bureaukratische Richtung, was sein gutes Recht ist, wie ich für mich das ebenso gute Recht in Anspruch nehme, daß ich die Nutzbarmachung von andernfalls zum Verderben bestimmter Genußmittel ohne Rücksicht auf die hier nicht ausreichenden Bestimmungen des Wirtschaftsabkommens bevorzuge.

Bezüglich der Machwitzschen **Kaffee-Einfuhrerlaubnis** stelle ich zunächst ausdrücklich fest, daß sie nicht Gegenstand der Angriffe des Stadtv. Rahn bildete, sondern von Stadtrat Ernst gelegentlich seiner Erklärungen am Donnerstag in diese Betrachtungen hineinbezogen ist, anscheinend um nicht bloß von dem einen einzigen „Fehler" bezüglich der Schokolade usw. sprechen zu müssen. Die „Danziger Zeitung" spricht infolgedessen und ganz selbstverständlich gleich von „Unregelmäßigkeiten". Es sollte wohl der Anschein erweckt werden, als ob seit dem Beginn der Mitarbeit des Sozialdemokraten, Stadtrat Woelk, in der Außenhandelsstelle die Unregelmäßigkeiten Tür und Tor offen fanden. Ich habe die Kaffee-Einfuhrerlaubnis für eine mir heute nicht näher bekannte Menge Kaffeebohnen damals eigenhändig unterschrieben. Daß hier etwa unlautere Motive bei mir mitsprachen, ist von keiner Seite behauptet worden. Bei den vielen Unterschriften, die ich damals täglich leistete, kann ich mich in diesem Falle natürlich nicht mehr an die Einzelheiten erinnern. Dagegen kann ich heute erklären, daß ich keinen Anlaß habe, diese Erlaubniserteilung zu bedauern. Die Folge ist nämlich ein Sinken der Kaffeepreise gewesen und ferner ein deswegen nicht zu verwundernder Aerger gewisser Kaffeespekulanten. Die Allgemeinheit hat jedenfalls auch hier Nutzen, aber nicht Schaden gehabt.

Das sind die „Unregelmäßigkeiten" und die „Fehler" des sozialdemokratischen Stadtrates als Dezernent in der Außenhandelsstelle. Weitere Ausführungen darüber kann ich mir ersparen, weil ich mich nur meinem Gewissen, meiner Partei und dem Allgemeinwohl verantwortlich fühle.

Wenn aber durch diesen Uebertritt die K. P. D. aus einer kleinen Gruppe eine immerhin ansehnliche Partei wird, so bedeutet das den Todesstoß für die noch verbleibende unabhängige Restpartei. Bei dem ganz auf das Agitatorische eingestellten Charakter der U. S. P. kann diese es nicht vertragen, wenn links von ihr noch eine starke Partei existiert, die ihre agitatorischen Phrasen und Verheißungen noch überbietet. Bisher lebte die U. S. P. davon, daß die K. P. D. eine kleine Gruppe und durch die Abspaltung der K. A. P. D. monatelang in ihrer Aktionsfähigkeit gehemmt war. Gewinnt nun aber die bisher kleine Gruppe der K. P. D. so viel von der U. S. P., daß sie dieser an Mitgliedschaft fast gleichkommt, so ist es nur eine Frage der Zeit, wann sich auch noch der Rest der U. S. P. vollkommen zerbröckelt hat. Zwischen den klaren Prinzipien der Demokratie, vertreten durch die Sozialdemokratische Partei, und der Diktatur, vertreten durch die Kommunisten, ist auf die Dauer für eine dritte Parteigruppe kein Platz. Was von der U. S. P. nicht den Kommunisten anheimfällt, wird den Rückweg zur alten Partei nehmen müssen und finden, wie das sowohl bei einzelnen Führern wie ganzen Mitgliedschaften schon begonnen hat.

Wer auf dem Parteitag der Unabhängigen zunächst siegen wird, läßt sich noch nicht prophezeien. Aber voraussagen läßt sich, daß ein Sieg des rechten Flügels ein Pyrrhussieg bleiben wird, der den völligen Zerfall der Partei nicht lange aufhält.

Kleine Nachrichten.

Litauen und Polen vor dem Völkerbund.

London, 12. Sept. (W. T. B.) Der Völkerbundrat hat beschlossen, das Ersuchen Polens um Vermittelung im Streitfalle mit Litauen auf seiner am 16. September in Paris stattfindenden Sitzung zu prüfen. Die betreffenden Regierungen sind aufgefordert worden, Vertreter nach Paris zu entsenden.

Von dem englischen Bergarbeiterstreik.

Amsterdam, 13. Sept. „Courant" meldet aus London: Einer heute aus Washington eingetroffenen Reutermeldung zufolge hat Smillie den amerikanischen Bergarbeiterbund telegraphisch ersucht, am 28. September zugleich mit den britischen Bergarbeitern den Streik zu verkünden. In allen englischen Bergwerksbezirken haben die Bergarbeiter verkündigt, daß sie in zwei Wochen die Arbeit niederlegen werden.

Die irische Polizei für die Sinnfeiner.

Paris, 13. Sept. „Matin" meldet: 200 Mitglieder der königlich irischen Polizei haben eine Entschließung angenommen, in der sie von der Regierung die Freilassung des Bürgermeisters von Cork und der anderen politischen Gefangenen, die augenblicklich die Nahrungsaufnahme verweigern, forderten. Die Entschließung spricht sich auch gegen die bedauerlichen Repressalien seitens der Polizei und der Truppen aus, möge die Provokation auch noch so heftig sein.

Italienfeindliche Unruhen in Triest.

Triest, 11. Sept. (Stefani.) Die italienfeindlichen Kundgebungen der Slawen haben sich verstärkt. Gestern abend fanden im Stadtteil San Giacomo Straßenkämpfe statt. Es wurden Barrikaden errichtet, die von eingreifendem Militär bald zerstört wurden. Das Militär gab dabei drei Kanonenschüsse ab. Drei Personen wurden getötet. Etwa 100 Personen wurden verhaftet. Die Nacht verlief ruhig. Heute wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Heftige Kämpfe zwischen Wrangel und roter Armee.

Konstantinopel, 13. Sept. (Reuter.) Wrangel meldet heftige Kämpfe bei Pologi in der Gegend von Jekaterinoslaw. Eine ganze rote Brigade wurde einschließlich des Stabes und des Trains gefangen genommen.

Entsetzliche Hungersnot in China!

Amsterdam, 13. Sept. (W. B.) Der Funkspruch aus Shanghai vermittelt ohne Angabe einer Quelle eine Nachricht aus Shanghai, wonach die Chinesen in den nördlichen Provinzen Chinas ihre Familien vergiften, um sie dadurch zu bewahren, Hungers zu sterben. 50 Millionen Menschen würden vom Hungertode bedroht.

Gegen die dritte Internationale.

Aus Paris wird gedrahtet: Der Kongreß der französischen Eisenbahnarbeiter beendete seine Tagung, nachdem er mit 294 gegen 180 Stimmen für die Resolution der Mehrheitsrichtung gegen den Anschluß an die dritte Internationale entschieden hatte.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 215 | Dienstag, den 14. September 1920 | 11. Jahrgang

Die Sozialversicherung im Freistaat Danzig.

Vorbemerkung der Red.: Im nachstehenden geben wir einem Artikel des Herrn **Abteilungsvorstehers Caulk** Raum, da uns für die bevorstehende Neuordnung der gerade für unsere Leser sehr wichtigen Sozialversicherung eine Information sehr zweckdienlich erscheint. Soweit es sich in dem Artikel um Aeußerung von Vorschlägen und Ansichten handelt, stimmen wir mit dem Verfasser nicht immer überein, stellen sie aber dennoch teilweise mit zur Diskussion.

Artikel 113 der Verfassung:

Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens einschließlich Erwerbslosigkeit schafft der Staat ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.

Durch die nachstehenden, kurz gefaßten Ausführungen soll versucht werden, den neuen Rechtszustand der Sozialversicherung so darzustellen, wie ihn Theorie und Praxis zur Grundlage für die Arbeiten bei dem Entwurf einer Versicherungsordnung für das Freistaatgebiet werden nehmen müssen. Als Unterlage für diesen Entwurf wird die Sozialversicherung des Deutschen Reiches genommen werden können.

Nach dem Stande der Sozialversicherung ist die Kulturstufe eines Volkes einzuschätzen und steht Deutschland in dieser Beziehung an erster Stelle. Andere größere Staaten haben eine Sozialversicherung entweder überhaupt nicht oder nur in beschränktem Maße eingerichtet.

Den Anfang der sozialpolitischen Versicherungsgesetze in Deutschland machte das **Krankenversicherungsgesetz** vom 15. Juni 1883, das später durch die Novellen vom 10. April 1892 und 30. Juni 1900 ergänzt wurde und schließlich in der Fassung vom 25. Mai 1903 bis zu seiner Aufhebung durch die Reichsversicherungsordnung Geltung hatte.

Das Recht der **Unfallversicherung** war ursprünglich durch das Gesetz vom 4. Juli 1884 für gewerbliche Betriebe eingeführt worden. Es folgten ihm die Gesetze für die Unfallversicherung in der Land- und Forstwirtschaft, bei Bauarbeiten und bei der Schiffahrt vom 5. Mai 1886, 11. und 13. Juni 1887, nachdem bereits in dem Gesetz für Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886 eine Ausdehnung der damaligen Versicherungsgesetzgebung erfolgt war. Diese vorgenannten Unfallversicherungsgesetze erhielten sämtlich eine verbesserte Fassung durch das Gesetz vom 30. Juni 1900.

Die Invaliden- und Altersversicherung war zunächst durch das Gesetz vom 22. Juni 1889 eingeführt worden, um durch die Gesetzesnovelle vom 13. Juli 1899 so ausgebaut zu werden, daß sie ihre Gestalt bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung behalten konnte.

An Stelle dieser vorgenannten Gesetze ist am 1. Januar 1912 die Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 für das ganze Deutsche Reich in Kraft getreten.

Die Sozialversicherung ist die Fürsorge des Staates für die arbeitende Bevölkerung in Fällen der Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Tod, Schwangerschaft, Erwerbsunfähigkeit, des Zurückbleibens der Witwen und Waisen, und neu hinzugekommen: **im Falle der Erwerbslosigkeit.** Die Fürsorge wird gewährt vornehmlich denjenigen Personen, die in der Regel kein anderes Vermögen besitzen als ihre Arbeitskraft. Sie kann aber auch ausgedehnt werden nicht nur auf Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker, sondern auch auf gewisse Berufsgruppen, wie Handlungsgehilfen und -Lehrlinge, Apothekergehilfen und -Lehrlinge, Lehrer und Erzieher.

Die durch das Wort „Versicherung" gestützte Auffassung, daß die Sozialversicherung eine Art Privatversicherung sei, ist bereits als eine irrige in den weitesten Volksschichten bekannt.

Nach der für das Deutsche Reich bestehenden Versicherungsordnung trägt bei der Krankenversicherung der Arbeitnehmer ein Drittel, bei der Invaliden- und Altersversicherung aber die Hälfte, während bei der Unfallversicherung der Arbeitgeber die ganzen Kosten aufbringt.

Bei den Krankenkassen und bei der Invaliden- und Altersversicherung sind die Arbeitnehmer **Mitträger der Versicherung** nach den von ihnen geleisteten Beitragsanteilen.

Anders ist es bei der Unfallversicherung. Hier sind Träger der Versicherung die Berufsgenossenschaften. Sie umfassen die Unternehmer der versicherten Betriebe und bringen auch die Kosten auf.

Da die Leistungen der Unfallversicherung einzig und allein durch die Berufsgenossenschaften aufgebracht werden, so ist den Arbeitnehmern und sonstigen Versicherten ein Anspruch auf die Mitverwaltung nicht zugestanden. Ihnen ist nur zugestanden die Mitberatung bei den für die Arbeiter geltenden Unfallverhütungsvorschriften und die Mitwirkung in der Rechtsprechung bei den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern sowie bei dem Reichsversicherungsamt.

Nach der Bestätigung der Verfassung für die Freie und Hansestadt Danzig wird der Volkstag des Freistaates sich mit dem Beschluß einer von der Freistaatregierung vorgelegten Versicherungsordnung befassen müssen. Es wird dieses wohl mit eine der ersten Arbeiten des Volkstages sein müssen, denn **die Sozialversicherung, insbesondere aber die Unfallversicherung als Teil derselben, muß bis zum 1. Januar 1921 in Kraft getreten sein, wenn nicht sämtliche im Freistaat vorhandenen Betriebe, bezw. die in denselben beschäftigten Arbeitnehmer von diesem Zeitpunkte ab nicht ohne Unfallversicherung bleiben sollen.**

Da mit dem Tage des Vollzuges der Abtretung die Staatshoheit des Deutschen Reiches in den abgetrennten Gebieten aufgehört hat, verlieren auch die deutschen Versicherungsträger und Behörden in diesen Teilen ihre öffentlich rechtlichen Befugnisse und Pflichten.

Zu den Befugnissen gehören u. a. die Einziehung der Beiträge von den Betriebsunternehmern und die Ueberwachung der Unfallverhütungsvorschriften.

Zu den Pflichten der Versicherungsträger gehören aber vornehmlich die eventuell vorzeitige Uebernahme des Heilverfahrens bei Unfallverletzten, die Festsetzung der Renten und die Weiterzahlung derselben an frühere Unfallverletzte sowie an Witwen und Waisen durch Unfall Getöteter.

Verschiedene Berufsgenossenschaften haben mit dem Beginn dieses Jahres ihre Tätigkeit im Freistaatgebiet bereits eingestellt, und die übrigen werden wohl zum Schluß dieses Jahres folgen. Die Sektionsverwaltung einer der größten Berufsgenossenschaften z. B., deren Bezirk die frühere Provinz Westpreußen umfaßte, wird zum 1. Januar 1921 aufgelöst, und die deutsch verbleibenden Teile der Provinz Westpreußen werden den Nachbarsektionen angegliedert. Der Freistaatbezirk Danzig bleibt also für diese zu der gedachten Berufsgenossenschaft gehörenden Gewerbegruppen ohne Unfallversicherung.

Diese Maßnahmen werden bei den Arbeitnehmern berechtigte Besorgnis hervorrufen, namentlich werden die Unfallverletzten durch die als Folge eintretende Einstellung ihrer Renten in ihrem Wirtschaftsleben schwer geschädigt werden, wenn die Freistaatregierung nicht rechtzeitig vorsorgende Einrichtungen trifft.

Wie wird sich nun der Entwurf einer Versicherungsordnung für das Freistaatgebiet gestalten? Diese Frage beschäftigt nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber.

Es ist bereits seit längerer Zeit von maßgebender Seite darauf hingewiesen worden, daß in Wirklichkeit die Krankenkassen einen Teil der Lasten der Berufsgenossenschaften mittragen insofern, als sie in den ersten dreizehn, häufig schwersten Wochen nach dem Unfalle, aus ihren Mitteln für die Unfallverletzten aufzukommen haben.

Da die Träger der Krankenkassen Arbeitnehmer wie Arbeitgeber sind, müßte den Versicherten (Arbeitnehmern) gewissermaßen als Entschädigung für die Aufwendungen ein bestimmtes Maß an der Mitwirkung bei der Unfallversicherung — wie schon vorher bemerkt — gewährt worden.

Ebenso werden im Artikel 113 der Verfassung für den Freistaat den Arbeitern weitgehendste Zugeständnisse zugestanden, denn es heißt dort: **„unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten".**

Im Nachstehenden stelle ich nun einige unmaßgebliche Vorschläge für den Entwurf einer Versicherungsordnung für den Freistaat zur Besprechung.

Die ganze Sozialversicherung, zu der die Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Wöchnerinnen-, Hinterbliebenen- und Arbeitslosen-Versicherung gehört, wird, wie der Volksmund sagt, in einen Topf geworfen.

Träger der Versicherung ist der Freistaat. Jeder Arbeitnehmer ist grundsätzlich versichert, ganz gleich, ob er Laufjunge oder Werkmeister, Dienstmädchen oder Buchhalterin ist, Ausnahmen können durch das Gesetz zugelassen werden.

Wird ein Versicherter krank, dann hat er sofort das Anrecht auf ärztliche Behandlung und Heilmittel, sowie — und zwar nicht erst nach drei Tagen — ein Recht auf Krankengeld und zwar, wie bei der früheren Krankenversicherung, für 26 Wochen. Ist nach Ablauf dieser Frist eine Gesundung nicht eingetreten oder sind nachteilige Folgen der Krankheit zurückgeblieben, die die Erwerbsfähigkeit des Versicherten vermindern, dann tritt die Invalidenversicherung in Tätigkeit. Steht aber fest, daß die Ursache der Erkrankung auf einen Unfall zurückzuführen ist, dann tritt nach einer gewissen Frist die Unfallversicherung durch Rentenzahlung ein. Witwen und Waisen durch Unfall Getöteter werden sogleich durch Beerdigungskosten und Rentenzahlung versorgt. Altersrente wird nach Vollendung des 65. Lebensjahres gezahlt. (Nach unserer Meinung ist dies bereits nach Vollendung des 60. Lebensjahres notwendig. D. Red.) Die Wöchnerinnenrente wird gewisse Zeit vor und nach der Niederkunft gezahlt, eventuell kann entgeltlose Entbindung in einer Anstalt gewährt werden. Die Arbeitslosenrente wird gezahlt nach einer gewissen Zeit nachgewiesener unverschuldeter Arbeitslosigkeit.

Die Höhe der Wochenbeiträge wäre auf Grund von statistischem Material der bisherigen Versicherungsträger zu ermitteln und festzusetzen; denn die aufzubringenden Lasten für die Gegenwart und Zukunft erfordern dabei eine entsprechende Berücksichtigung.

Durch die **Verschmelzung der Sozialversicherung** werden meiner Meinung nach viele Unzuträglichkeiten ausgeschaltet werden, und der Versicherte wird viel früher in den Genuß einer Unfallrente oder Invalidenrente treten. Es ist doch vielfach vorgekommen, daß zwei oder mehrere Versicherungsträger sich um die Zuständigkeit gestritten haben, und der arme Unfallverletzte war der Leidtragende; denn er kam erst nach langer Zeit, in manchen Fällen sogar erst nach 2 Jahren, in den Genuß der ihm rechtmäßig zustehenden Unfallrente.

Ueber die Versicherungspflicht, die Versicherungsberechtigung, die Leistungen usw. der Sozialversicherung hat eine gesetzliche Regelung durch eine Versicherungsordnung stattzufinden, für die die deutsche Reichsversicherungsordnung in ihren wesentlichen Bestandteilen als Grundlage dienen könnte.

Nun noch etwas über das organisatorische Problem:

Die Verwaltungsgeschäfte werden von Beamten des Freistaates versehen. Ihnen werden für die Entscheidungen, aus den Kreisen der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber gewählte Ausschüsse beigeordnet und zwar für jede Abteilung der Sozialversicherung.

Der arme Spielmann.

Von Franz Grillparzer.

13) (Fortsetzung.)

Sie seufzte tief. Dann ging sie an den Schrank, der zur Seite stand, wickelte ihr Paket auseinander, das einige Hemden und Tücher enthielt — sie hatte in der letzten Zeit meine Wäsche besorgt — zog die Schublade heraus, schlug die Hände zusammen, als sie den spärlichen Inhalt sah, fing aber gleich darauf an, die Wäsche in Ordnung zu bringen und die mitgebrachten Stücke einzureihen. Darauf trat sie ein paar Schritte vom Schrank hinweg, und die Augen auf mich gerichtet, wobei sie mit dem Finger auf die offene Schublade zeigte, sagte sie: Fünf Hemden und drei Tücher. Soviel habe ich gehabt, soviel bringe ich zurück. Dann drückte sie langsam die Schublade zu, stützte sich mit der Hand auf den Schrank und fing laut an zu weinen. Es schien fast, als ob ihr schlimmer würde, denn sie setzte sich auf einen Stuhl neben dem Schranke, verbarg das Gesicht in ihr Tuch, und ich hörte aus den stoßweise gehaltenen Atemzügen, daß sie noch immer fortweinte. Ich war leise in ihre Nähe getreten und faßte ihre Hand, die sie mir gutwillig lieh. Als ich aber, um ihre Blicke auf mich zu ziehen, an dem schlaff herabhängenden Arme bis zum Ellbogen emporrückte, stand sie rasch auf, machte ihre Hand los und sagte in gefaßtem Tone: Was nützt das alles? Es ist nun einmal so. Sie haben es selbst gewollt, sich und uns haben Sie unglücklich gemacht, aber freilich sich selbst am meisten. Eigentlich verdienen Sie kein Mitleid — hier — immer heftiger — wenn man so schwach ist, sein eigenes — nicht in Ordnung halten zu können; so leichtgläubig, daß man jedem traut, gleichviel, ob es ein Spitzbube ist oder ein ehrlicher Mann. — Und doch tut es mir leid um Sie. Ich bin gekommen, um Abschied zu nehmen. Ja, erschrecken Sie nur. Ist es doch Ihr Werk. Ich muß nun hinaus unter die groben Leute, wogegen — so lange gesträubt habe. Aber da ist kein Mittel. Die Hand habe ich Ihnen gegeben, und so leben Sie wohl — für immer. Ich sah, daß ihr die Tränen wieder ins Auge traten, aber sie schüttelte mutwillig mit dem Kopfe und ging. Mir war, als hätte ich Blei in den Gliedern. Gegen die Türe gekommen, wendete sie sich noch einmal um und sagte: Die Wäsche ist jetzt in Ordnung. Sehen Sie zu, daß nichts abgeht. Es werden harte Zeiten kommen. Und nun hob sie die Hand auf, machte wie ein Kreuzeszeichen in die Luft und rief: Gott mit dir, Jakob! — In alle Ewigkeit, Amen! setzte sie leiser hinzu und ging.

„Nun erst kam mir der Gebrauch meiner Glieder zurück. Ich eilte ihr nach, und auf dem Treppenabsatze stehend, rief ich ihr nach: Barbara! Ich hörte, daß sie auf der Stiege stehen blieb. Wie ich aber die erste Stufe hinabstieg, sprach sie von unten herauf: Bleiben Sie! und ging die Treppe vollends hinab und zum Tore hinaus.

„Ich habe seitdem harte Tage erlebt, keinen aber wie diesen; selbst der darauffolgende war es minder. Ich wußte nämlich doch nicht so recht, wie ich daran war, und schlich daher am kommenden Morgen in der Nähe des Grieslerladens herum, ob mir vielleicht einige Aufklärung würde. Da sich aber nichts zeigte, blickte ich endlich seitwärts in den Laden hinein und sah eine fremde Frau, die abwog und Geld herausgab und zählte. Ich wagte mich hinein und fragte, ob sie den Laden an sich gekauft hätte? — Zurzeit noch nicht, sagte sie. — Und wo die Eigentümer wären? — Die sind heute früh morgens nach Langenleben gereist. — Die Töchter auch? stammelte ich. — Nun freilich auch, sagte sie, sie ist ja Hochzeit dort.

„Die Frau mochte mir nun alles erzählt haben, was ich in der Folge von andern Leuten erfuhr. Der Fleischer des genannten Ortes nämlich — derselbe, den ich zurzeit meines ersten Besuches im Laden antraf — hatte dem Mädchen seit lange Heiratsanträge gemacht, denen sie immer ausgewich, bis sie endlich in den letzten Tagen, von ihrer Mutter gedrängt und an allen Orten verfehlt, einwilligte. Bei allen Morgens waren Braut- und Trauungsdaten bestimmt, und — dem Augenblick, da ich sprach, war Barbara des Fleischers Frau.

„Die Verkäuferin machte mir, wie gesagt, das alles erzählt haben, ich hörte nicht und stand regungslos, bis endlich Kunden kamen, die mich zur Seite schoben, und die Frau mich anfuhr, ob ich noch sonst etwas wollte, worauf ich mich entfernte.

„Sie werden glauben, verehrtester Herr, fuhr er fort, daß ich mich nun als den unglücklichsten aller Menschen fühlte. Und so war es auch im ersten Augenblick. Als ich aber aus dem Laden heraustrat und, mich umwendend, auf die kleinen Fenster zurückblickte, an denen Barbara gewiß oft gestanden und herausgesehen hatte, da kam eine selige Empfindung über mich. Daß sie nun alles Kummers los war, Frau im eigenen Hause, und nicht nötig hatte, wie wenn sie ihre Tage an einen Herd- und Heimatlosen geknüpft hätte, Kummer und Elend zu tragen, das legte sich wie ein lindernder Balsam auf meine Brust, und ich segnete sie und ihre Wege.

„Wie es nun mit mir und immer mehr herabkam, beschloß ich, durch Musik mein Fortkommen zu suchen; und so lange der Rest meines Geldes währte, übte und studierte ich mir die Werke großer Meister, vorzüglich der alten ein, welche ich abschrieb; und als nun der letzte Groschen ausgegeben war, schickte ich mich an, von meinen Kenntnissen Vorteil zu ziehen, und zwar anfangs in geschlossenen Gesellschaften, wo ein Gastgebot im Hause meiner Mietfrau den ersten Anlaß gab. Als aber die von mir vorgetragenen Kompositionen dort keinen Anklang fanden, stellte ich mich in die Höfe der Häuser, da unter so vielen Schwachen doch einige sein mußten, die das Ernste zu schätzen wußten — so endlich auf die öffentlichen Spaziergänge, wo ich denn wirklich die Freude hatte, da — erzogene Kinder — zuhörten und — beifällig — weiterzogen. — Es war dabei Geld hineingeflogen, — schämte mich nicht. Denn kommt nur gerade das mein Zweck, dann ist mir auch das berühmte Virtuosen, welche erreicht zu haben ich mir nicht schmeicheln konnte, sich für ihre Leistungen, und miteinander sehr hoch honorieren ließen. So habe ich mich, ob zwar dürftig, aber redlich fortgebracht bis diesen Tag.

„Nach Jahren sollte mir noch ein Glück zuteil werden. Barbara kam zurück. Ihr Mann hatte Geld verdient und ein Fleischhauergewerbe in einer der Vorstädte an sich gebracht. Sie war Mutter von zwei Knaben, von denen das ältere Jakob heißt, wie ich. Meine Berufsgeschäfte und die Erinnerung an alte Zeiten erlaubten mir nicht, zudringlich zu sein, endlich wurde ich aber selbst ins Haus bestellt, um dem ältesten Knaben Unterricht auf der Violine zu geben. Er hat zwar nur wenig Talent, kann auch nur an Sonntagen spielen, da ihn in der Woche der Vater beim Geschäft verwendet, aber Barbara sieht, daß ich ihn gerne, geht noch immer recht gut.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Regen — nichts als Regen!

Auch dem geduldigsten Menschen krabbelt es in den Füßen, wenn er Tag für Tag den in Aussicht genommenen Spaziergang aufgeben muß, weil es regnet. Die Wetterpropheten sind [illegible] gründlich angegriffen, alle ihre Vorhersagen von aufbrechendem Wetter haben Schiffbruch gelitten. Der Wettergott blamiert sie [illegible] Tag aufs neue und lacht vergnügt, und das Korn halten will [illegible] in prächtiger [illegible] und [illegible] weiter. Im Frühjahr [illegible] man gern einmal mehr von der [illegible] auf dem Land. Nun aber [illegible] der großen Regenflut [illegible], und Hindenburg [illegible] mit seinem Segen!

[illegible] unterbrochen [illegible] Tage hat es [illegible] Tag für Tag, kaum [illegible] gestrichen, gleich [illegible] Kübel ist es bereits [illegible] Wasserschläuche im Garten nicht mehr zu den Entbehrlichkeiten [illegible], weil Petrus jedenfalls das Gemüse auf den [illegible] von den Sommerfrischlern [illegible] Wasser zu setzen. Aber das hatte, [illegible] Wasserleitung [illegible], doch schon auf [illegible] Kosten [illegible] Kleine [illegible] Kartoffeln.

[illegible] Kinder Kartoffeln und Kraut im Garten sind eingestandenermaßen nicht alle, aber [illegible] gut ist, müssen sie im [illegible] Ernte [illegible] bei dem nassen Wetter zur Schule [illegible] Kartoffeln auf dem Lande ist der Tauschhandel [illegible] Zentner Kartoffeln gegen Kohle [illegible] Kartoffeln und

Danziger Nachrichten.

Tower in Paris.

Der Oberkommissar ist in Paris eingetroffen und wird demnächst im Botschafterrat über die Lage Danzigs Bericht erstatten.

Damit steht das Schicksal Danzigs vor der Entscheidung und haben wir bereits gestern unsere Gedanken darüber zum Ausdruck gebracht. Noch erwarten wir, daß Danzig in Paris Gerechtigkeit erfährt und wollen auch heute unser stärkes Verlangen nach dieser gegen eine Rechtsbeugung zum Ausdruck bringen.

„Pittsburgh" bei Libau aufgelaufen.

An Bord derselben die polnische Delegation für Riga.

Das amerikanische Kriegsschiff „Pittsburgh" verließ Ende voriger Woche Danzig und hatte die polnischen Vertreter für die Rigaer Friedenskonferenz an Bord. Aus hier noch nicht bekannten Gründen, wahrscheinlich aber infolge des Unwetters, ist das Schiff am Sonntag, wie funkentelegraphisch mitgeteilt wird, bei Libau auf den Strand gelaufen. Es konnte sich mit eigener Kraft wieder abarbeiten, mußte jedoch zur Reparatur in Libau auf Dock genommen werden.

Die Lage der Brauereien im Freistaat.

Die Brauereien des Freistaates befinden sich seit der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reiche in einer schwierigeren Lage denn je. Trotzdem ihnen während der letzten Jahre gering bemessene Kontingente zur Verfügung standen und nur die Herstellung eines Dünnbieres erlaubt war, so konnten sie doch ihre Betriebe aufrechterhalten. Nach der Abtrennung vom Deutschen Reiche fiel die deutsche Lieferung fort, und es tauchte die Frage auf, ob es wohl möglich sein würde, die Belieferung mit Gerste aus den Beständen des Freistaates vornehmen zu können. Bei unseren neuen Ernteschätzungen hat sich jedoch herausgestellt, daß dies ein Ding der Unmöglichkeit ist. Unsere Landwirtschaft wird um eine ausreichende Selbstversorgung mit Futtermittein, wozu auch Gerste gehört, vornehmen zu können, sogar zu Anläufen im Auslande gezwungen sein. Auch hier auf diesem Gebiet trat wieder einmal aufs Neue die wirtschaftliche Lebensunfähigkeit des Freistaates zu Tage.

Da unsere Brauereibetriebe zirka 1000 Angestellte und Arbeiter beschäftigen, so wäre mit der Lahmlegung der Betriebe eine bedeutende Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen verbunden. Um dem nun vorzubeugen, erübrigt sich das Wirtschaftsamt aus den äußerst geringen Beständen, den Brauereien 120 To. Gerste zur Verfügung zu stellen, damit die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe für die nächsten Wochen möglich ist. Um ihnen weitere Mengen Gerste verabfolgen zu können, sind wir auf die polnischen Lieferungen, die durch den vor einigen Tagen abgeschlossenen Danzig-polnischen Lieferungsvertrag hoffentlich sichergestellt worden sind, angewiesen. Sollte jedoch polnische Gerste nicht gegeben werden können, so kann nur ausländische in Frage kommen, die jedoch den Bierpreis bedeutend verteuern würde.

Den Brauereien ist auf ihren Antrag die Bereitung eines Vollbieres mit einem Stammwürzgehalt von 8 bis 11 Proz. gestattet, damit sie mit den aus Deutschland eingeführten Bieren konkurrieren können. Den deutschen Brauereien ist es erlaubt, gewisse Quanten Vollbier nach dem Auslande, zu dem Danzig ja jetzt auch zählt, auszuführen. Der Absatz unserer Brauereien würde dadurch fortlaufend geringer. Durch die vom Wirtschaftsamt gegebene Zustimmung zur Herstellung von 8 bis 11 prozentigen Bieres ist eine gewisse Ausgleichsmöglichkeit geschaffen worden, so daß das Brauereigewerbe damit vorerst aus der unsicheren Lage befreit ist.

Der Unterschriftenstempel des Stadtrats Ernst

hat bekanntlich zu großen Unregelmäßigkeiten bei der Außenhandelsstelle geführt und haben diese zu dem Rücktritt des Stadtrats Ernst sicherlich sehr stark beigetragen. Wie berechtigt die bereits vor 14 Tagen in dieser Hinsicht von uns geübte Kritik war, erhellt die Tatsache, daß die unterschriftlich gestempelten Blankoausfuhrbewilligungen von den Interessenten sogar bis mit 10 000 Mark bezahlt wurden. In Hand dieser Summe kann man ermessen, welchen Wert und Vorteil diese Scheine für die betreffenden Abnehmer zur Betreibung der Schiebergeschäfte gehabt haben müssen. Dieses Vorkommnis dürfte Veranlassung genug sein, daß in allen in Frage kommenden Dienststellen Unterschriftenstempel nicht zur Verwendung kommen, sondern für derart wertvolle Bescheinigungen die leitenden Beamten handschriftlich ihre Unterschrift zu leisten haben, wie es auch bisher stets üblich war.

Eine abgesagte „revolutionäre" Aufklärungsversammlung.

Die Unabhängigen wollten vor einigen Tagen auch die Landbevölkerung um Tiegenhof über die „Notwendigkeit der Diktatur" aufklären und hatten zu diesem Zwecke eine öffentliche Volksversammlung in Fürstenau einberufen. Als Referent erschien auch dann der Abgeordnete Schmidt, um den Landarbeitern das „unabhängige Evangelium" zu predigen. Als nun die Zeit vorgeschritten war und die Besucher zum Anfang drängten, erklärte Schmidt mit einem Male, daß es bei der Besucherzahl nicht recht lohne. Es waren aber annähernd 25 Personen erschienen und wissen wir, daß Herr Schmidt seine Weisheit oft genug vor einer kleinen Zuhörerschaft verzapft hat. Der Grund seiner Absage war in Wirklichkeit wohl aber auch ein anderer, denn unter den Zuhörern befanden sich auch einige bekannte S. P. D.-Genossen aus Tiegenhof und Danzig. Ob ihn nun die Anwesenheit dieser Genossen veranlaßte, von seinem „Aufklärungs"vortrag abzusehen oder ob er in Anbetracht der gerade in diesen Tagen von Dittmann offenbarten Enthüllungen über das russische „Räteparadies" von einer Aussprache über die „Rätediktatur" gerade in Anwesenheit unserer Genossen nichts Besonderes erwartete, kam nicht zum Ausdruck. Jedenfalls scheint es auch ihm zu dämmern, daß mit dem bisherigen Phrasenreichen nach und nach auch auf dem Lande keine unabhängige Begeisterung mehr zu erzielen ist, besonders, wenn dabei etwas auf die Finger gesehen wird.

Eingabe wegen einer Danziger Währung. An den Währungsausschuß der Verfassunggebenden Versammlung hat sich die Verbraucherkammer mit einer Eingabe gewandt, in der gebeten wird, für Einführung einer eigenen Währung für den Freistaat Danzig einzutreten. Diese Bitte wird dann wie folgt näher begründet: Die deutsche Reichswährung sei verdorben worden. Das Geld wurde fast um das Zehnfache entwertet. Diese Änderung der Kaufkraft des Geldes brachte große wirtschaftliche Umwälzungen mit sich. Die Geldersparnisse der Bürger schrumpften auf den zehnten Teil zusammen, die Spekulanten wurden reich. Die Preise mußten entsprechend steigen und Kämpfe um Erhöhung der Löhne, Gehälter usw. waren unausbleiblich. Die ununterbrochene Entwertung des Geldwertes hinderte die Unternehmer, sichere Voranüberberechnungen zu machen und der solide Unternehmer mußte sich zurückziehen. Es trat Arbeitslosigkeit ein, obwohl die Arbeitserzeugnisse fehlten. Die Ursache der Geldentwertung liegt darin, daß schrankenlos Geld gedruckt und in den Verkehr gegeben wird, anstatt dies ausschließlich nach richtigen Währungsgrundsätzen zu tun und darauf zu achten, daß die Kaufkraft der Münzeinheit gleich bleibt. Die Währungsfrage sei keine Frage der Partei oder Nationalität, sondern eine rein wirtschaftliche. Sie erfordert ernstes gewissenhaftes Studium. Vor allem muß erreicht werden, daß der Geldwert nicht noch weiter sinkt, sondern wenigstens jetzt stehen bleibt. Leider wolle das Reich seine Banknoten, wie in dem Gutachten für Spa gesagt wurde, weiter vermehren. Daher sei an eine Gesundung der Reichswährung nicht so bald zu denken. Noch erheblich schlechter steht die polnische Währung. Danzig ist in der Lage, diese schweren wirtschaftlichen Uebelstände der weiteren Geldentwertung zu beseitigen und die Grundlage für den Wiederaufbau zu legen, wenn es eine eigene Danziger Währung einführt. Diese Danziger Mark soll etwa der Kaufkraft der jetzigen deutschen Mark entsprechen, aber auf dem gleichbleibenden Preise aufgebaut werden. Es werden dann in der Eingabe weitere Vorschläge gemacht, wie diese Danziger Währung, die eine Papiergeldwährung sein müßte, einzuführen wäre.

Vertrauensmännersitzungen:

4. Bezirk (Schidlitz): Am Mittwoch, den 15. September, abends 7 Uhr bei Steppuhn, Karthäuser Straße. Referent: Gen. Fooken.

11. Bezirk (Heubude): Am Donnerstag, den 16. September, abends 7 Uhr, im Restaurant Schönwiese. Referent: Gen. Fooken.

Da wichtige Fragen zur Erörterung stehen, wird zahlreicher Besuch erwartet.

*

Bezirksversammlungen
am Donnerstag den 16. September:

2. Bezirk, abends 7 Uhr, im Singsaal der Petrischule am Hansaplatz. **Gen. Karschefski** spricht über das Thema. **Der russische Arbeiter vor dem Weltkriege.** Verschiedenes.

*

8. Bezirk (Niederstadt Speicherinsel, Kneipab): abends 6½ Uhr, bei Klamitzki Große Schwalbengasse. 1. Vortrag über **Einheitsschule und Grundschule.** 2. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen aller Parteimitglieder zu den Bezirksversammlungen ist erforderlich.

*

5. Bezirk (Langfuhr): Am Donnerstag, den 16. Sept., abends 7 Uhr, bei Kresin, Brunshöfer Weg 36

Bunter Abend.

Der Schauspieler Gen. Hans Hansen und Gen. Behrend werden heitere und ernste hoch- und plattdeutsche Gedichte zum Vortrag bringen.

Da diese bunten Abende viel Anklang gefunden haben, ist auch im 5. Bezirk zahlreicher Besuch zu erwarten. Freunde und Bekannte können eingeführt werden.

*

Verein Arbeiterjugend Danzig. Am Mittwoch, den 15. d. Mts., abends 7 Uhr, findet in unserm Jugendheim, Weißmönchenhintergasse 1/2 unsere Mitgliederversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig.

Ein neues großes Schiffsunglück

hat sich infolge des Unwetters der letzten Tage wieder bei Rixhöft zugetragen. Fünf Schleppzüge mit je zwei großen Schleppkähnen verließen am Freitag den Danziger Hafen um nach Swinemünde zu gehen. Infolge des schweren Wetters haben diese Schleppzüge auf See Havarie erlitten. Ein Teil konnte den Danziger Hafen wieder erreichen. Der Schleppdampfer „Theseus" verlor einen Kahn seines Schleppzuges bei Rixhöft. Ueber den Verbleib der Mannschaft konnte bisher noch nichts erfahren werden. Der Schlepper „Hugo Stinnes V." kehrt bald nach der Ausfahrt mit seinem Schleppzug zurück, da er das Steuerruder verloren hatte.

Der Schlepper „Blumenfeld III" verlor seine beiden Kähne bei Stilo. Die Mannschaft wurde jedoch von dem Schlepper übernommen. Schlepper „Olymp" kam nur mit einem Kahn zurück, den zweiten hatte er verloren. Am Sonntag ging der Dampfer Theseus wieder in See, um seinen verlorenen Kahn vergeblich zu suchen, er brachte aber den zweiten Kahn, den „Olymp" verloren hatte, mit Steuerhavarie in den Hafen. Der Schlepper „Karl Grammersdorf" kam am Sonntag um 11½ Uhr mit nur einem Kahn zurück. Der zweite war unter Hela, wo er vor Anker gegangen war, zirka 1200 Meter vom Strand entfernt, gesunken. Der Schiffer dieses Kahnes ist mit untergegangen.

Um die rückständigen Steuern mahnt

die Steuerkasse im Anzeigenteil unserer Zeitung. Wer sich unbequeme Weiterungen ersparen will, tut gut, die angegebene Zahlungsfrist bis zum 16. September einzuhalten.

Wie bereits mitgeteilt wurde, kommen bei den Einkommen von 3001 bis 6000 Mark nur 50 Prozent und bei den weiteren Einkommen bis 10 499 nur 75 Prozent der veranlagten Staats- und Gemeindeeinkommensteuern zur Erhebung.

Bei dem Einkommen bis zu 3000 Mark ist die Steuerzahlung vorerst ganz ausgesetzt.

Zum stellv. Bezirksvorsteher für den 44. Stadtbezirk ist Herr Kaufmann Joseph Mertens, wohnhaft St.-Albrecht, bestellt worden.

Zum stellv. Armenkommissionsvorsteher für die 12. Armen- und Waisenkommission ist an Stelle des Herrn Friedrich Wottrich Herr Kaufmann Adolf Funk, wohnhaft Hohe Seigen 4, bestellt worden.

Zum Bezug von auswärtigem Saatgut. Für den Bezug von Saatgut aus dem Auslande ist folgendes zu beachten: Zunächst muß sich der Bezieher von dem zuständigen Kommunalverbande (Magistrat oder Landratsamt) eine Saatkarte ausstellen lassen, auf Grund dieser hat er sich bei der Handelskammer, Danzig, Langenmarkt 45, eine Versorgungsbescheinigung erteilen zu lassen und diese mit der Saatkarte dem auswärtigen Saatgutlieferer bezw. Vermittler einzusenden. Der Vermittler oder Saatgutlieferer hat sodann für die Ausfuhrgenehmigung beim deutschen Reiche zu sorgen.

Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen. In der heutigen Nummer unserer Zeitung werden erneut Straßen aufgerufen, deren Haushaltungen am Mittwoch, den 15. September, in den aus der Bekanntmachung ersichtlichen Ausgabestellen neue Hauptmarkenbogen in Empfang nehmen können.

Eingangsgebühr und Kontrolle für auswärtiges Fleisch kündigt der Magistrat im heutigen Anzeigenteil an und verweisen wir alle, die es angeht, auf diese Bekanntmachung. Nichtbefolgung dieser zieht Strafe nach sich.

Der Zuckerdiebstahl aufgeklärt. In der Nacht zum 8. d. Mts. ist, wie bereits von uns mitgeteilt wurde, in der Westpr. Zuckerraffinerie ein dreister Diebstahl ausgeführt worden, wobei den Tätern 10—15 Zentner Zucker in die Hände gefallen sind. Die Täter haben den Zucker mit Hilfe eines Kahnes zuerst nach der roten Brücke und von dort mit einem Kastenwagen weitergeschafft. Als Fuhrwerksbesitzer ist der Fuhrhalter Adolf Barrisch aus Schidlitz ermittelt worden. Als Mittäter sind der Führer Walter Steinhäfer, Stauer Gustav Schulz und als Hehler der Kaufmann Paul Sieg von hier festgestellt worden. Von dem gestohlenen Zucker konnten nur noch 2 Zentner dem Eigentümer zugeführt werden.

Vom Herzschlag überrascht wurde heute vormittag der Baugewerksmeister Willers, Hopfengasse 15, auf dem Mieteinigungsamt. Bei den dort von ihm angestrengten Verhandlungen um Erhöhung des Mietpreises überfiel ihn wahrscheinlich infolge der Aufregung ein Unwohlsein, wobei der Tod durch Herzschlag eintrat.

Polizeibericht vom 14. September 1920. Verhaftet: 8 Personen, darunter 1 wegen Verdachts des Diebstahls, 1 wegen Hehlerei; 1 wegen Unterschlagung; 1 wegen Landfriedensbruchs; 1 laut Haftbefehl; 3 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Opferkasten aus Blech; 1 kleine schwarze Handtasche, enthaltend 80 Pf., Schlüssel, Taschentuch, Briefmarken; 1 braunes Portemonnaie mit Blechmarken und Pfandschein für Erna Becker; 1 schwarzer Damenregenschirm; 1 braune Handtasche mit Briefen für Frieda Lehrke; 1 schwarzer Samtpompadour mit 2 Gebetbüchern und 1 Rosenkranz, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums; 1 goldenes längliches Brosche mit blauem Stein, abzuholen von Frau Marie Graß, Lange Brücke 8.

Aus den Gerichtssälen.

Trinkfeste Schiffsleute. Der Maschinenschmierer Robert Mann und Peter Spergreen, die beide nur englisch sprechen können, waren am 16. August in Neufahrwasser abends in einem Lokal und hatte eine Zeche von 17 Mark gemacht. Da sie bereits betrunken waren, verweigerte der Wirt ihnen weitere Getränke und verlangte Bezahlung. Die beiden Amerikaner lehnten die Bezahlung ab, obwohl sie Geld hatten und sie gaben der Tochter des Wirtes eine Ohrfeige und bedrohten diese mit einem Revolver. Der Wirt sah sich nun gezwungen, Getränke zu verabfolgen, gleichzeitig schickte er aber nach der Polizei. Als der Polizeiwachtmeister mit einem Bürgerwehrmann ankam, wurde den Amerikanern der Revolver abgenommen und sie sollten verhaftet werden. Die Amerikaner widersetzten sich der Verhaftung und warfen sich zur Erde, dabei nannten sie die beiden Beamten Bolschewisten und Pollacken. Schließlich wurden sie doch abgeführt und dann in Untersuchungshaft behalten. Vor dem Schöffengericht entschuldigten sie sich mit Trunkenheit und wollten alles bezahlen, aber wieder frei sein. Das Gericht verurteilte sie wegen Widerstandes und Beleidigung, sowie Betruges, indem sie die Zeche nicht bezahlen wollten und wegen unbefugten Führens einer Schußwaffe zu je 6 Wochen Gefängnis.

Eine „billige Einkaufs"fahrt. Die drei Arbeiterinnen Marie, Gertrud und Helene Borkowski, sowie die Ehefrau Marie Senger, sämtlich in Langfuhr, fuhren nach Zoppot, um hier einen Käuferdiebstahl auszuführen. Sie gingen gemeinsam in ein Geschäft und ließen sich Waren vorzeigen. Die eine besichtigte seidene Blusen und die andern ließen sich Stoffe vorlegen. Sie hatten aber weder die Absicht etwas zu kaufen, noch waren sie dazu in der Lage, denn ihr ganzes Vermögen bestand aus 80 Pfg. und einer Briefmarke. Sie wollten lediglich stehlen. Bei der Besichtigung der Stoffe ließen sie von dieser Ware bei sich verschwinden, bis sie entdeckt wurden. Die Strafkammer verurteilte die vorbestrafte Marie Borkowski wegen Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis, die Gertrud und Helene Borkowski zu je 2 Wochen Gefängnis, die Senger zu 1 Monat Gefängnis.

Ein unredlicher Postaushelfer. Der frühere Postaushelfer Fritz Steichert in Danzig war auf der Post als Paketausträger beschäftigt. Er nahm nun von einem Kollegen ein Paket, das dieser auszutragen hatte, an sich und legte es in sein eigenes Fach, um es dann wahrscheinlich für sich zu verwenden. Dies wurde aber von einem andern Kollegen bemerkt und es erfolgte Anzeige. St. hatte sich nun vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte will sich mit dem Paket nur geirrt haben. Das Gericht glaubte an diesem Irrtum nicht und verurteilte den Angeklagten wegen Beiseiteschaffung von Gegenständen, die ihm in amtlicher Eigenschaft zugänglich waren, zu 3 Monaten Gefängnis.

Verkauf unzüchtiger Bilder. Der Kaufmann Johann Eichmann aus Rußland verkaufte Photographien, die zum Teil unzüchtig waren. Als Ausländer wurde er in Untersuchungshaft genommen und hatte sich nun vor der Strafkammer zu verantworten. Die Bilder, die bei ihm beschlagnahmt wurden, sind zum Teil Aktstudien, zum Teil aber offenbar unzüchtiger Natur. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß im Auslande der Verkauf derartiger Bilder gestattet sei und er die unzüchtigen Bilder nur für seine Sammlung erworben hatte. Tatsächlich hat er aber auch von diesen Bildern verkauft. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2 Monaten Gefängnis und erklärte die Strafe als durch die Untersuchungshaft für verbüßt. Die unzüchtigen Bilder werden eingezogen.

Ohra. Abgabe von Lebensmitteln. Vom 17. September kommen zur Ausgabe: a) 250 Gramm Haferflocken zum Preise von 1,80 Mk. für das Pfund auf Marke 37 der Lebensmittelkarte für Erwachsene; b) 250 Gramm Gerstengrütze zum Preise von 95 Pfg. für das Pfund auf Kinderkarte Marke 87 K; c) 500 Gramm Marmelade zum Preise von 2 Mark für das Pfund auf Marke 88 der Lebensmittelkarte für Erwachsene.

Ohra. Gesuche auf Gewährung von Beihilfen aus dem Reinertrage der Sammlung pp. für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sind spätestens bis Mittwoch, den 15. September d. Js. an das Gemeindeamt, Zimmer 5, einzureichen. Später eingehende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Wasserstandsnachrichten am 14. September 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Jowischost	+ 2,16	+ 2,02	Kurzebrack	+ 2,60	+ 2,56
Marschau	+ 2,29	+ 2,26	Montauerspitze	+ 2,24	+ 2,27
Schönau	+ 6,64	+ 6,74	Pieckel	+ 2,32	+ 2,20
Galgenberg	+ 4,34	+ 4,—	Dirschau	+ 2,65	+ 2,80
Neuhorsterbusch	—	—	Einlage	+ 2,80	+ 2,60
Thorn	+ 2,10	+ 2,06	Schiewenhorst	+ 2,90	+ 2,70
Fordon	+ 2,02	+ 1,88	Wolfsdorf	— 0,40	— 0,14
Culm	+ 2,04	+ 1,99	Anwachs	+ —	+ —
Graudenz	+ 2,23	+ 2,17			

Chefredakteur Adolf Bartel.
Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, für die Inserate Bruno Sweet, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der von der Stadtverordnetenversammlung am 30. März 1920 festgesetzten Preisskala sind bis auf weiteres die

Gas- und Strompreise

wie folgt festgesetzt worden:

I. die Gaspreise

1. für Leucht-, Koch- und Heizgas aus gewöhnlichen Gasmessern

   a) für Abnehmer, die während des Zeitraumes einer Ablesung durchschnittlich bis 1 cbm Gas täglich verbraucht haben 1,37 M. f. d. cbm (bisher 1,67 M. cbm)

   b) für Abnehmer, die während des Zeitraumes einer Ablesung durchschnittlich mehr als 1 cbm Gas täglich verbraucht haben 1,42 M. f. d. cbm (bisher 1,72 M. cbm)

2. für Automatengas, geliefert durch kostenfreie Automatengasanlagen

   a) für Abnehmer, die während des Zeitraumes einer Ablesung durchschnittlich bis 1 cbm Gas täglich verbraucht haben 1,39 M. f. d. cbm (bisher 1,69 M. cbm)

   b) für Abnehmer, die während des Zeitraumes einer Ablesung durchschnittlich mehr als 1 cbm Gas täglich verbraucht haben 1,44 M. f. d. cbm (bisher 1,74 M. cbm)

II. die Preise für elektrische Arbeit

1. für Beleuchtungszwecke, für das Laden transportabler Akkumulatoren, für den Betrieb von Motoren zur Lichterzeugung und für den Betrieb aller Motoren, die weniger als ¼ Pferdestärken haben

   bei Anwendung einfacher Zähler 2,80 M. f. d. Kwstd. (bisher 3,26 M. Kwst.)

   bei Anwendung von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit 3,— M. f. d. Kwstd. (bisher 3,46 M. Kwstd.), außerhalb derselben 2,40 M. f. d. Kwstd. (bisher 2,86 M. f. d. Kwstd.)

2. für den Betrieb von Motoren, die ¼ oder mehr Pferdestärken haben und nicht zur Lichterzeugung dienen, ferner für den Betrieb von Lichtbädern, sowie von Heiz- und Kochvorrichtungen

   bei Anwendung einfacher Zähler 2,30 M. f. d. Kwstd. (bisher 2,76 M. f. d. Kwstd.)

   bei Anwendung von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit 2,45 M. f. d. Kwstd (bisher 2,91 M. f. d. Kwstd.), außerhalb derselben 2,15 M. f. d. Kwstd. (bisher 2,61 M. f. d. Kwstd.),

3. für alle sonstigen Zwecke
   bei Anwendung einfacher Zähler 2,90 M. f. d. Kwstd. (bisher 3,36 M. f. d. Kwstd.),

   bei Anwendung von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit 2,90 M. f. d. Kwstd. (bisher 3,36 M. f. d. Kwstd.), außerhalb derselben 2,30 M. f. d. Kwstd. (bisher 2,76 M. f. d. Kwstd.).

Die Berechnung nach den obigen Sätzen beginnt mit den Messerablesungen die — nach dem 16. September ds. Js. — vorgenommen werden.

Die Preise für Gaskoks

ab Lager betragen von

Donnerstag, den 16. September ds. Js. an

bis auf weiteres

für 1 Ztr. Grab- od. gebrochenen Koks 26.— M.
für 1 Ztr. Koksgrus . . . . . 13.— M.

Danzig, den 14. September 1920. (2284

Der Magistrat.

Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen

Am Mittwoch, den 15. September, werden abgefertigt:

in der Ausgabestelle:	die Haushaltungen der Straßen:
Mädchenschule Faulgraben:	Pferdetränke, Kähm, Samtgasse,
Knabenschule Baumgartsche Gasse. Eingang Rehrwiedergasse:	Promenade, Kaserne Hagelsberg,
Rechtstädt. Mittelschule Gertrudengasse:	Poggenpfuhl 51—92, Petrikirchhof,
Mädchenschule Langfuhr, Bahnhofstraße:	St. Michaelsweg 21-63.
Knabenschule Langfuhr, Bahnhofstraße:	Ulmenweg, Ziegelstraße, Zobelweg.

Die alten Nahrungshauptkarten mit Markenbogen, sowie die Kastweise sind vorzulegen.

Die Dienststunden sind von 8—2 Uhr.

Danzig, den 14. September 1920. (2286

Der Magistrat.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das zweite Vierteljahr (Juli, August und September 1920) sind **bis zum 16. September d. Js.** an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben.

Laut Beschluß des Staatsrats vom 11. August d. Js. erlangen für das Steuerjahr 1920 einstweilen:

a) in den Einkommenstufen von 3001 bis 6000 Mk. nur 50 % des veranlagten Staats- und Gemeindeeinkommensteuersatzes,

b) in den Einkommenstufen von 6001 bis 10499 Mk. nur 75 % des veranlagten Staats- und Gemeindeeinkommensteuersatzes,

zur Erhebung.

Die Staats- und Gemeindeeinkommensteuer **bis zu einem Einkommen von 3000 Mk.** ist vorläufig nicht zu zahlen.

Alle übrigen Steuern müssen gemäß Veranlagung gezahlt werden.

Bei Zuleitung auf dargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Absenders und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 16. September d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls **die Beitreibungskosten** fällig werden und miteinzuziehen sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899.

Mahnung des einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht.

Kassenstunden werktäglich 7½ bis 12 Uhr vormittags.

Danzig, den 7. September 1920.

Städtische Steuerkasse. (2276

Mit Bezug auf § 5 der Bekanntmachung des Wirtschaftsamtes über die Neuregelung des Verkehrs mit Vieh und Fleisch vom 1. 9. 1920 wird für sämtliches eingeführtes Fleisch auswärtiger Schlachtungen auf dem städtischen Schlacht- und Viehhofe folgende **Eingangsgebühr** mit Wirkung vom 13. September 1920 erhoben:

Für 1 Rind	20,—	Mk.
„ ½ „	10,—	„
„ ¼ „	5,—	„
„ 1 Schwein	10,—	„
„ ½ „	5,—	„
„ 1 Kalb	4,—	„
„ 1 Schaf, Ziege	3,—	„
„ 1 Pferd	30,—	„
„ ½ „	15,—	„
„ ¼ „	7,50	„

Sie beträgt für einzelne Fleischstücke 0,10 Mk. für das Pfund. Daneben wird bei der Einfuhr von Fleisch, das durch Fleischbeschauer untersucht ist, die tarifmäßige Gebühr für die Nachuntersuchung erhoben. Das tierärztlich bereits untersuchte Fleisch ist von dieser Untersuchungsgebühr befreit.

Sämtliches nicht dem Schlachthofe zugeführte auswärtige Fleisch, das sich in den Verkaufsstätten und Werkstätten der Gewerbetreibenden befindet, wird zugunsten der Stadt Danzig unentgeltlich für verfallen erklärt. Außerdem kann bei Nichtbeachtung vorstehender Bestimmungen auf Schließung des Geschäftes, sowie auf die in § 9 der Verordnung des Wirtschaftsamtes vom 1. 9. 20 vorgesehenen Strafen erkannt werden.

Danzig, den 11. September 1920. (2285

Der Magistrat.

Die Malerarbeiten zum Umbau der Wagenhäuser Bastion Wolf

sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis

Sonnabend, den 18. September 1920, vormittags 10 Uhr

in dem städt. Hochbaubüro, Eisenbahndirektionsgebäude, Zimmer 430, einzureichen.

Die Bedingungen liegen in der Hochbaugeschäftsstelle im Rathause in der Langgasse, Zimmer 32, zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Danzig, den 13. September 1920. (2287

Der Magistrat.

Neuerscheinungen!

Onkel Sinclair Missions in Europa
Eine Negergeschichte von H. Thorow
Preis 6.— Mk.

Der junge Arbeiter
Ein Ratgeber für sozialistische Jugendarbeit von E. R. Müller.
Preis 3.— Mk.

Der Volkschörer im Volksstaat
Ansätze zur Reform der Lehrerbildung von Dr. Otto Barnet
Preis 1.20 Mk.

Buchhandlung „Volkswacht"
am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Dienstag, den 14. September 1920, abends 6½ Uhr
Dauerkarten B I
Die versunkene Glocke
Ein deutsches Märchendrama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.

Mittwoch, den 15. September, abends 7 Uhr. Dauerkarten C I. **Die Reise in die Mädchenzeit**

Donnerstag, den 16. September, abends 5½ Uhr Dauerkarten D I. **Faust.**

Freitag, den 17. September, abends 7 Uhr. Dauerkarten E I. **Zwangseinquartierung.** Schwank in 3 Akten von Franz Arnold u. Ernst Bach.

Sonnabend, den 18. September, abends 6½ Uhr. Dauerkarten A II. **Die versunkene Glocke.**

Sonntag, den 19. September, vormittags 12 Uhr. Vortrag des Herrn Oberspielleiters Hermann Merz über **„Expressionismus im allgemeinen und Georg Kaisers Werke im besonderen".** Einführung in Georg Kaisers Werke. (Zur Erstaufführung von „Gas" am 21. September 1920).

Sonntag, den 19. September, abends 7 Uhr. **Die Reise in die Mädchenzeit.**

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Bansmann.
Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.

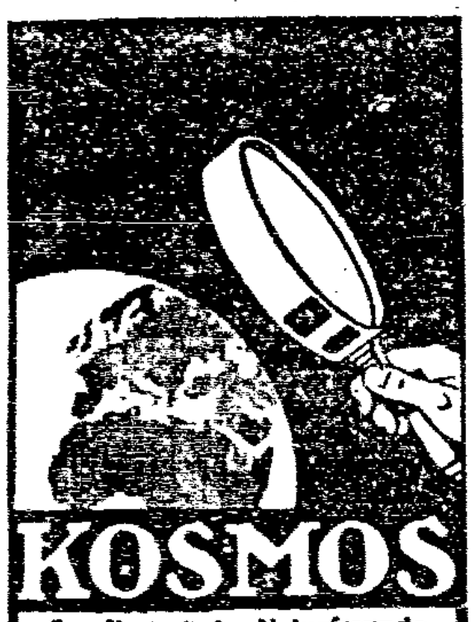
Kassenöffnung 6½ Uhr.

Heute Dienstag, d. 14. September
abends 7½ Uhr
„Wo die Lerche singt"
Mittwoch, den 15. September
„Wo die Lerche singt".

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei Kodlin, Langermarkt 23 und von 10—5 Uhr im Warenhaus Freymann. Sonntags v. 9—2 an d. Theaterkasse.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle"

Rauchen verboten.



Gesellschaft der Naturfreunde
bietet für jedermann einen
billigen und guten
Lesestoff
Belehrend—Unterhaltend
Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahresbeitrag von
nur M. 7⁵⁰ broschiert
nur M. 9⁰⁰ gebunden
über 12 reich illustrierte Monatshefte und 4 gute Bücher erster Schriftsteller
Anmeldung durch jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart. Prospekt kostenlos. — Probeheft 2,00 Mark.

Karbid,
Karbidlampen, Brenner, ges. Patterien, Feuerzeuge billig
Gustav Ehms,
1. Damm 22—23, Ecke Breitgasse. (2216

Volksfürsorge,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Kein Polizeiverfall.
— Sterbekasse. —
Billige Tarife für Erwachsene und Kinder
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Inspektion 16 Langfuhr
Schmidt, Mattenbuden 35.

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55.

Ab heute! Nur 3 Tage!
Das sehenswerte Programm!
„Tot oder Scheintot?"
Ist es möglich lebendig begraben zu werden?
Wahre Episoden aus dem Leben in 6 Abteilungen.
In der Hauptrolle: **Erich Kaiser-Titz.**
Die Launen des Glücks!
Das 26. Abenteuer des berühmten Detektivs **Stuart Webbs** in 4 spannenden Akten. (2283

Kammer-Lichtspiele
Modernes Volkstheater
Nur 3 Tage!
Lepain!
10 Teile — 40 Akte.
1. Teil:
„Der König der Unschuldigen".
2. Teil:
„Der Kampf mit dem Meisterdetektiv".
Fortsetzungen in kurzen Abständen.
Mäßige Eintrittspreise!
Langfuhr gegenüber der Post
(2282

Freie Turnerschaft Danzig.
Männer- und Frauen-Abteilung:
Turnstunden Mittwoch und Freitag 7—9 Uhr in der Turnhalle Schleusengasse.
Jugendabteilung:
Montag und Donnerstag 7—9 Uhr in der Turnhalle Rehrwiedergasse.
Kinderabteilung:
Montag und Mittwoch 5½—7 Uhr in der Turnhalle Rehrwiedergasse. (2277

Verreise
vom 16. d. Mts. 14 Tage
Dr. Effler.
(2257

Wir empfehlen folgende Zeitschriften:

Die Gleichheit
Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Mit den Beilagen: **Für unsere Kinder. — Die Frau und ihr Haus.**
— Einzelnummer 30 Pfg. —

Kommunale Praxis
Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus.
— Einzelnummer 40 Pfg. —

Arbeiter-Jugend
Erscheint monatlich zweimal.
— Preis der Einzelnummer 60 Pfg. —

Buchhandlung „Volkswacht"
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

MÜNCHNER
„JUGEND"
ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT
FÜR KUNST UND LEBEN
VIERTELJAHR-PREIS [illegible] 4,20 M
EINZELNUMMER 1 MK. 80
VERLAG DER „JUGEND" MÜNCHEN

Danziger Glossen

von Ernst Ewert
zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.